

Von Trump zu Biden: Wohin gehen die USA nach der Anti-Trump Wahl vom 3. November 2020?

Martin Thunert

Für viele war es eine ‚Schicksalswahl‘, doch man kann die Präsidentschaftswahl vom 3. November 2020 auch als einen seltenen, aber durchaus klassischen Fall betrachten, bei dem ein amtierender und eine zweite Amtszeit suchender Präsident aufgrund der Zeitumstände und schwerer eigener Fehler beim Regieren von einer Mehrheit der im Wahlleutegremium bereits nach vier Jahren abgewählt wurde. Zuletzt widerfuhr dies in der klassischen Form 1980¹ dem Präsidenten Jimmy Carter. Er war innerparteilich stark umstritten, erhielt in Senator Edward M. Kennedy einen starken parteiinternen Herausforderer, den er knapp, aber angeschlagen besiegte und verlor dann nicht zuletzt aufgrund der das gesamte Jahr 1980 andauernden Geiselnhaft amerikanischer Botschaftsangehöriger in Teheran einschließlich eines missglückten militärischen Befreiungsversuches mit acht toten US-Soldaten sowie einer schwachen Wirtschaftsbilanz gegen seinen republikanischen Herausforderer Ronald Reagan. Auch Trumps Niederlage beruhte ähnlich wie die Carters auf den Zeitumständen, auf schweren Regierungsfehlern bei der Reaktion auf die Anfang 2020 ausbrechende Covid-19 Pandemie, aber auch auf rückläufiger Unterstützung aus einer klassischen Wählerschicht, den überwiegend weißen Menschen in Amerikas Vorstädten und einer enormen Gegenmobilisierung unter schwarzen Wählern und progressiven Weißen. Carters Niederlage 1980 war besonders folgenreich, leitete sie doch eine konservative Wende in den USA vor allem in den Bereichen der Wirtschafts- und Steuerpolitik, aber auch in der Haltung gegenüber der Sowjetunion und dem Sowjetkommunismus ein. Werden der Wahlsieg Joe Bidens und die Kontrolle beider Kammern des Kongresses durch die



Dr. habil. Martin Thunert

Senior Research Lecturer Political Science
Heidelberg Center for American Studies
Universität Heidelberg

Demokratische Partei ähnlich weitreichende Auswirkungen haben? Das Wahlergebnis gibt keine eindeutigen Antworten und lässt gegenläufige Interpretation zu.

Die Präsidentschaftswahl 2020

Das Wahlleutegremium (*Electoral College*) trat am 14. Dezember 2020 zusammen und bestätigte die Ergebnisse der Einzelstaaten: von den 538 Wahlleuten entfielen 306 Stimmen auf Joe Biden und 232 Stimmen auf Donald Trump. Das ist in etwa die Umkehrung des Vorsprungs, mit dem Donald Trump im Jahr 2016 gewonnen hatte. Alle 538 Wahlleute hielten sich an den Auftrag der Wähler² in den jeweiligen Bundesstaaten. Trump nannte sein 2016 erzielt Ergebnis zwar einen „massiven Erdrutschsieg“, doch in Wahrheit handelt es sich in beiden Fällen – 2016 und 2020 - um einen soliden Vorsprung, der niedriger ausfiel als der Vorsprung, mit dem Barack Obama zweimal zum US-Präsidenten gewählt wurde, aber höher als der jeweilige Vorsprung George W. Bushs in den Jahren 2000 und 2004. Im Vergleich zu 2016 gelang es Joe Biden, fünf US-Bundesstaaten, die vier Jahre zuvor für Trump gestimmt hatten, ‚umzudrehen‘ und ins Lager der Demokraten zu ziehen: Arizona, Georgia, Michigan, Pennsylvania, und Wisconsin. Arizona und Georgia hatten seit 1996 nicht mehr für einen Demokraten gestimmt.

Ob abgestoßen, aufgewühlt oder inspiriert von Donald Trumps harscher Rhetorik und unkonventioneller Regierungspraxis, die Präsidentschafts- und Kongresswahlen 2020 sahen ein hochmotiviertes – und gespaltenes – Amerika. 159,690,457 Amerikaner gaben 2020 ihre Stimme ab. Die Wahlbeteiligung im Jahr 2020 war die höchste seit 120 Jahren, gemessen als Prozentsatz der wahlberechtigten Bevölkerung: 66,7 Prozent. Man muss bis ins Jahr 1900 zurückgehen, um eine höhere prozentuale Wahlbeteiligung zu finden (73,7 Prozent). Die Corona-Pandemie trug dazu bei, die vorzeitige Stimmabgabe und die Briefwahl noch populärer zu machen. 101.453.111 Amerikaner oder 64,1 Prozent gaben vorzeitige Stimmen ab. Die Gesamtzahl der Briefwahlstimmen betrug 65.642.049. Trotz einiger Einsprüche von republikanischen Abgeordneten und Senatoren zertifizierte der US-Kongress am 6. Januar 2021 – unterbrochen durch die Stürmung des Kapitols durch Trump-Anhänger – das Wahlergebnis und erklärte damit Joe Biden offiziell zum 46. Präsidenten der USA. Joe Biden erhielt eine Gesamtstimmenzahl von 81.283.098³, was 51,3 Prozent der abgegebenen Stimmen entspricht. Er ist der erste Präsidentschaftskandidat der USA, der mehr als 80 Millionen Stimmen erhalten hat. Trump gewann 74.222.958 Stimmen, das sind 46,8 Prozent der abgegebenen Stimmen. Auch das sind mehr Stimmen als jeder andere Präsidentschaftskandidat jemals erhalten hatte, mit Ausnahme von Biden, und mehr als 10 Millionen Stimmen mehr, als Trump 2016 gewonnen hatte.

Joe Biden hat die Präsidentschaftswahl komfortabel gewonnen, wenn man die im gesamten Land abgegebenen Stimmen (*popular vote*) zum Maßstab nimmt. In den letzten sechs Präsidentschaftswahlen hat nur Barack Obama im Jahr 2008 mit einem größeren Stimmenvorsprung gewonnen als der Vorsprung von 7.060.140 Stimmen, den Biden erzielt hat. Aber faktisch ist die ‚*popular vote*‘ nicht mehr als ein Stimmungstest und

für die tatsächliche Entscheidung, wer US-Präsident wird, irrelevant. Wenn man sich also die kleinste Verschiebung in der Wählergunst anschaut, die nötig gewesen wäre, um Trump einen Sieg im Wahlleutegremium zu beschern, war die Wahl 2020 erneut knapp. Wenn Trump in drei Bundesstaaten nur 42.921 mehr Stimmen erhalten hätte - in Arizona (10.457), Georgia (11.779) und Wisconsin (20.682) – hätte das im *Electoral College* zu einem Patt von 269:269 Stimmen geführt, was zu einer Abstimmung im Repräsentantenhaus geführt hätte, bei der aber nicht jeder Abgeordnete abstimmt, sondern jede Delegation der 50 Bundesstaaten mit einer Stimme. Die Republikaner verfügen über eine knappe Mehrheit der Delegationen der Bundesstaaten und sie hätten sich zweifellos für Trump entschieden. Hätte Trump auch die eine Wahlmännerstimme im zweiten Kongressbezirk von Nebraska geholt, die er mit 22.091 Stimmen an Biden verloren hat, hätte er im *Electoral College* mit dem Minimum von 270 Stimmen hauchdünn gewonnen. Mit anderen Worten: 2016 hätte Hillary Clinton 78.000 Stimmen in Michigan, Pennsylvania und Wisconsin gebraucht, um zu gewinnen. 2020 hätten für Trump knapp 65.000 anders verteilte Stimmen gereicht, um mit 270 Wahlleutestimmen Präsident zu bleiben.

Wahlanalyse⁴

Joe Biden versammelte eine ausreichend große Koalition von Wählern in den umkämpften Schlüsselstaaten⁵ (*swing states*) hinter sich, um Präsident Donald Trump abzulösen. Seine erfolgreiche Kandidatur beruhte auf ausreichenden bis sehr guten Gewinnmargen bei jungen und nicht-weißen Wählern, bei College-Absolventen, sogenannten „unabhängigen Wählern“, die für keine der beiden Parteien registriert sind, und denjenigen, zu deren Prioritäten die Themen Rassenungleichheit und die Eindämmung der Corona-Pandemie gehören. Unter den Biden-Wählern sagen 57 Prozent, dass sie glücklich sind, dass ihr Kandidat gewonnen hat, aber noch mehr (73 Prozent) sind glücklich, dass Trump verloren hat. (Vgl. Monmouth University 2020) Das bedeutet, dass es bei dieser Wahl nahezu ausschließlich um den Amtsinhaber ging, nicht um die politischen Vorhaben Joe Bidens. In der Tat hatten beide Seiten die Wahl zu einem Referendum über Donald Trump erklärt – nicht nur über Erfolg oder Misserfolg seiner Politik, sondern über die Person des Präsidenten selbst und über seine Charaktereigenschaften, seine Eignung für das Amt und natürlich über seine Führungsqualitäten während der Corona-Pandemie. Dieses Referendum über seine Person hat Donald Trump verloren. Basierend auf den Nachwahlbefragungen verlor Donald Trump die Wahl aufgrund einer leichten Erosion seiner alten Wählerbasis von 2016. Bei weißen Männern verschlechterte sich sein Anteil von 62 auf 58 Prozent. Auch bei den Wählern mit Hochschulabschlüssen sank die Zustimmung für Trump, während er bei den weißen Frauen um drei Prozent zulegte und sich von 52 auf 55 Prozent verbesserte. Überraschend erzielte Donald Trump 2020 den höchsten Anteil nicht-weißer Stimmen eines Kandidaten der Republikaner seit 60 Jahren. Ein Drittel der Latino-Stimmen entfielen auf ihn, es gelang die Verdoppelung der schwarzen Stimmen, er erzielt auch höhere Stimmenanteile bei der LGBT Community. Im Ein-

zelen: Bei den schwarzen Männern legte Trump um fünf Prozent zu und verbesserte sich von 13 auf 18 Prozent. Er verdoppelte seinen Anteil bei schwarzen Frauen von vier auf acht Prozent. Dies sind bei den Afro-Amerikanern weiterhin sehr niedrige Werte, aber seit langer Zeit war es vor Trump keinem Republikaner mehr gelungen, mehr als zehn Prozent der schwarzen Stimmen zu erhalten. Erhielt Trump 2016 nur ein knappes Drittel der Latino-Männer (32 Prozent), so waren es 2020 36 Prozent, bei den Latinas verbesserte er sich von 25 auf 28 Prozent. Auch bei den hier nicht explizit aufgeführten ethnischen Gruppen, hinter denen sich insbesondere Amerikaner asiatischer Herkunft verbergen, verbesserte sich Trump von 31 auf 37 Prozent. Noch fallen die Erfolge, die Trump und die Republikaner 2020 bei den Minderheiten erzielt haben, sehr bescheiden aus, aber der Abwärtstrend, der seit 2004 bei den Kandidaten McCain und Romney anhielt, ist gestoppt, vielleicht sogar revidiert. Die Minderheiten bei ihren spezifischen wirtschaftlichen Interessen ansprechen und nicht bei ihrer Identität als Minderheiten war zumindest 2020 eine erfolgversprechende Strategie für die Republikaner.

Die Wahlen zum Kongress

Im Repräsentantenhaus, das die Demokratische Partei 2018 zurückeroberte hatte, schrumpfte deren vorher komfortable Mehrheit auf nur fünf Sitze oberhalb der absoluten Mehrheit von 217 Sitzen zusammen. Gerade moderate Abgeordnete der Demokraten verloren ihre erst 2018 neu gewonnenen Sitze im Haus an Neulinge der Republikaner, darunter überraschend viele Frauen und Minderheiten. Bei den Kongresswahlen erwies es sich für die Republikaner als eine erfolgreiche Strategie, gerade die gemäßigten Amtsinhaber und Kandidaten der Demokraten als in Wahrheit an „linken“ Ideen wie dem Green New Deal, dem kostenlosen College-Besuch, einer einzigen staatlichen Krankenversicherung (*Medicare for All*) und der Abschaffung der Polizei (*defund the police*) interessierte Sozialisten zu brandmarken. Auf nationaler Ebene hatte sich diese Strategie gegen Joe Biden als weitgehend wirkungslos erwiesen. Komplizierter ist die Lage in der oberen Kammer, dem US-Senat: Mit Siegen in Arizona und Colorado und einem Verlust in Alabama erzielten die Demokraten zunächst einen Nettogewinn von einem Sitz. Da das Wahltabelleau des Senats – 35 Sitze von 100 standen 2020 zur Wiederwahl – für die Republikaner extrem ungünstig schien, da sie viel mehr Sitze verteidigen mussten als die Demokraten, war der magere Demokratenzuwachs zunächst als ein Erfolg der Republikanischen Partei zu werten. Doch durch den Gewinn beider Stichwahlen in Georgia am 5. Januar 2021 entstand im US-Senat ein Patt von 50:50. Da durch die das Patt auflösende Stimme von Vizepräsidentin Kamala Harris eine Senatsmehrheit der Demokraten unterstellt wird, gehen nunmehr alle Ausschussvorsitze sowie wichtige und weitgehende Geschäftsordnungs-kompetenzen an die neue Mehrheitsfraktion der Demokraten unter der Leitung von Charles Schumer, Senator aus New York. Dennoch wird Joe Biden aufgrund der knappen Kongress-Mehrheiten nicht einfach „durchregieren“ können, denn nach wie vor gilt im Senat das Dauerrederecht jedes Mitglieds (*filibuster*), das nur von einer qua-

lizierten Mehrheit von 60 Stimmen beendet werden kann. Erreicht man diese Zahl nicht, kann ein Filibuster zahlreiche Gesetzesvorhaben, nicht aber Personal- und Haushaltsentscheidungen, blockieren. Da es sich beim Filibuster nicht um eine Verfassungsnorm, sondern lediglich um eine Geschäftsordnungsregel des Senats handelt, könnte sie mit einfacher Mehrheit gekippt werden.

Der 117. Kongress, der am 3. Januar 2021 zum ersten Mal zusammentrat, weist eine Rekordzahl von etwa 25 Prozent weiblicher Mitglieder auf. Die weiblichen Kongressmitglieder verteilen sich jedoch nicht gleichmäßig auf die beiden Parteien. Die Demokraten werden 104 weibliche Kongressabgeordnete haben, die Republikaner fünfunddreißig. Neun der dreizehn Sitze im Repräsentantenhaus, die die Republikaner 2020 dazu gewannen, wurden von Frauen gewonnen. Eine Rekordzahl von einundfünfzig weiblichen *people of colour* sind im 117. Kongress vertreten. Die Republikaner brachen ihren parteiinternen Rekord für die meisten Minderheiten-Frauen im Kongress (fünf). Sechsendvierzig *women of color* werden die Demokraten vertreten. Insgesamt werden *people of colour* etwa 28 Prozent des neuen Repräsentantenhauses ausmachen. Im 117. Kongress wird eine Rekordzahl von elf LGBTQ+ Gesetzgebern vertreten sein.

Am 3. November 2020 fanden auch für 86 bundesstaatliche Legislativkammern⁶ in 44 Bundesstaaten ‚Landtagswahlen‘ statt. In den fünfzig Bundesstaaten standen etwa 65 Prozent aller Senatssitze und 85 Prozent aller Unterhaussitze der Landtage zur Wahl. Diese Wahlen hatten insofern Bedeutung für die zukünftigen bundespolitischen Machtverhältnisse, da in den Bundesstaaten alle zehn Jahre – basierend auf dem letzten Zensus von 2020 – eine Neueinteilung der Wahlbezirke für Wahlen zum US-Repräsentantenhaus für die nächsten 10 Jahre vorgenommen wird. Aufgrund der Auswirkungen, die die Neueinteilung der Wahlbezirke auf die parteipolitische Kontrolle des Repräsentantenhauses haben wird, hatten die Demokraten, die seit 2010 nicht mehr die Mehrheit der Landtage in den 50 Bundesstaaten kontrolliert hatten, gehofft, die Kontrolle über die wichtigsten Kammern zurückzuerlangen, bevor die Wahlkreiseinteilung für die Kongresswahlen zwischen 2022 und 2030 vorgenommen wird. 2020 gelang es den Demokraten wider Erwarten nicht, die Mehrheitsverhältnisse in auch nur einem Landtag zu ihren Gunsten zu ändern. Die Republikaner werden die Kontrolle über die Neueinteilung der Wahlkreise in zwanzig Bundesstaaten mit insgesamt 188 Wahlbezirken im Repräsentantenhaus ausüben, während die Demokraten die Kontrolle über Bundesstaaten mit insgesamt 73 Wahlbezirken haben werden. Das bedeutet, dass bis zu 261 von 435 Wahlkreisen des Repräsentantenhauses nach parteipolitisch günstigen Grenzen (*gerrymandering*) zugeschnitten werden können, mit deutlichen Vorteilen für die Republikaner.

Bei Volksabstimmungen auf Landesebene konnten sich unter anderem progressive Positionen zur Liberalisierung der Drogengesetze und im Trump-Staat Florida zur Anhebung des Mindestlohns auf 15 Dollar pro Stunde klar durchsetzen. Doch andererseits lehnten Wählermehrheiten in Kalifornien, dem vielleicht führenden „progressiven“ Einzelstaat der USA, Initiativen zur Wiedereinführung von *Affirmative Action* (bevorzugte Berücksichtigung von Minderheiten bei Studium oder öffentlicher Auftragsvergabe), zur Einführung von Mietpreiskontrollen und für die arbeitsrechtliche Einstufung von Mitfahr- und Lieferdienstmitarbeitern als angestellte Arbeitnehmer ab.

Das Biden-Team und die Biden Agenda: Erfahrungsgesättigtes Regieren in der Komfortzone oder engagierte Reformpolitik?

Der Vorsprung der Demokraten im Repräsentantenhaus und im Senat könnte nicht dünner sein, und bei Zwischenwahlen – im Jahr 2022 – verliert in der Regel die Regierungspartei. Das gibt den Demokraten lediglich zwei Jahre zum Regieren, denn die Rückeroberung zumindest einer Kammer des Kongresses liegt für die Republikaner durchaus in Reichweite.

Joe Bidens Ansprache zur Amtseinführung am 20. Januar 2021 wurde als Aufruf zur Einheit und Versöhnung interpretiert, da er versprach, ein Präsident für alle Amerikaner zu sein. Doch die Zusammenstellung seines Regierungsteams, seine ersten Amtshandlungen als Präsident und vor allem die Prioritäten der Demokratischen Partei und die Forderungen ihres Umfelds senden höchst ambivalente Botschaften aus. Joe Biden muss einen Drahtseilakt vollführen zwischen den Progressiven in seiner eigenen Partei, die strukturelle Veränderungen einfordern, und seinem Anspruch, das Land zu vereinen, was ein Zugehen auf einen Teil der republikanischen Wählerschaft und deren Vertreter im Kongress impliziert. Bei der Zusammenstellung seines außen- und sicherheitspolitischen Teams, zu dem u.a. der neue Außenminister Anthony Blinken, Sicherheitsberater Jake Sullivan, Geheimdienstkoordinatorin Avril Haines, CIA-Chef William Burns und vor allem der pensionierte Armeegeneral Lloyd Austin, der erste afroamerikanische Verteidigungschef, gehören, konnte Biden bereits breitere Zustimmung im US-Senat erzielen. Für die Leitung des Gesundheitsministeriums und des Heimatschutzministeriums nominierte Biden mit Xavier Becerra und Alejandro Mayorkas zwei Latinos. Die Wahl eines hispanischen Einwanderers für die Leitung des Heimatschutzministeriums, dem auch die Einwanderungspolitik untersteht, ist aus Sicht der Demokraten besonders passend, aber aus dem Blickwinkel der Trump-Anhänger eine Provokation sondergleichen. Gleiches gilt für einen dezidierten Verteidiger des Rechts auf Abtreibung als Gesundheitsminister, so dass es nicht wenige Republikaner im Senat geben dürfte, die darauf aus sind, diese Nominierungen zu torpedieren, was nach dem Verlust der Senatsmehrheit aber schwierig werden dürfte. Insgesamt setzt Biden bei seinem Team auf Erfahrung im Regierungsgeschäft, was sich z.B. an der Berufung des ehemaligen Außenministers John Kerry zum ‚Klimazaren‘, des ehemaligen Landwirtschaftsminister Tom Vilsack für dasselbe Ressort oder auch des Veteranenministers Dennis McDonough, einem ehemaligen Stabschef Obamas ablesen lässt. Auch die neue Finanzministerin Janet Yellen ist ein gutes Beispiel für Bidens abwägenden Ansatz. Die Progressiven bekamen nicht die Person, die sie bevorzugten, Senatorin Elizabeth Warren (D-MA), aber sie bekamen jemanden, die sie respektieren, denn Janet Yellen, die ehemaligen Chefin der US-Zentralbank Federal Reserve teilt die progressive Besorgnis über zunehmende Einkommensungleichheit und die Folgen des Klimawandels. Unter den von Biden nominierten 25 Kabinettsmitgliedern und wichtigen ernannten Leitungsfunktionen im Weißen Haus waren ungewöhnlich viele bereits in ähnlichen Funktionen in der Obama-Administration tätig oder arbeiteten im Kampagnenumfeld des ehemaligen Präsidenten. Auch Joe Biden arbeitete mit den meisten jetzt für Schlüsselpositionen im Weißen Haus und im Kabi-

nett ernannten Person als Vizepräsident Obamas oder als Senator eng zusammen. Trump hingegen hatte hat einige Leute in höchste Regierungspositionen berufen, die er kaum kannte, und von denen er dennoch persönliche Loyalität einforderte, die manche nicht zu geben bereit waren. Dieses Auswahlprinzip führte nicht zu Beständigkeit, sondern zu einer ungeheuren Fluktuation im Regierungsteam Trumps, denn kein Präsident vor ihm verlor in nur einer Amtszeit so viele Kabinettsmitglieder und hohe politische Beamte durch Rücktritt oder Entlassung. In Bidens Kabinett sowie im Weißen Haus kann man deutlich mehr Stabilität erwarten als bei seinem Vorgänger. Außenseiter des Washingtoner Politikbetriebs finden sich in Bidens Regierungsmannschaft nur sehr wenige. Man kann den Washington-Insider Biden vermutlich nicht dafür kritisieren, dass er seine Regierungsmannschaft nahezu ausschließlich mit archetypischen Washingtoner Insidern, die von populistischen Kritikern als Monster des hauptstädtischen Politiksumpfes verspottet werden, bestückt. Die eigentliche Gefahr, die von Bidens als klug erscheinenden Ernennungen ausgeht, lautet Bequemlichkeit, denn die Regierungsmannschaft gleicht einer Komfortzone⁷. Eine Regierungsmannschaft als Komfortzone des Präsidenten wäre nicht genug, um die Progressiven zu befriedigen, die geholfen haben, Biden zu wählen, oder um der Aufgabe gewachsen zu sein, die großen Probleme anzugehen, denen die USA gegenüberstehen. Möglicherweise kommen die innovativen und kreativen Elemente der Regierungskunst der Biden-Administration daher von Regierungsmitgliedern, die keine jahrzehntelange Vergangenheit in der Hauptstadt vorweisen können wie Justizminister Merrick Garland oder die ihre politischen Gehversuche in anderen Landesteilen gemacht haben. Zu dieser Gruppe gehören auch Vize-Präsidentin Kamala Harris, die zwar in Washington DC studiert hat, die aber erst seit vier Jahren ihren Heimatbundesstaat Kalifornien im Senat vertrat und davor auf eine langjährige politische Karriere im größten Bundesstaat der USA zurückblickt, sowie der ehemalige innerparteilich Konkurrent Pete Buttigieg aus South Bend, Indiana als Verkehrsminister, der ehemalige Bostoner Bürgermeister Marty Walsh als Arbeitsminister oder die ehemalige Gouverneurin wie Jennifer Granholm aus Michigan im Energieministerium.

Zu den ersten Amtshandlungen Präsident Bidens gehörte die Rücknahme von mehr als einem Dutzend Erlasse der Trump-Administration, mit dem Ziel, die Hinterlassenschaften Trumps wie die Konstruktion einer Grenzmauer zu Mexiko, die Genehmigung der Keystone XL-Pipeline, die Öl aus dem kanadischen Alberta zu den Raffinerien an der US-Golfküste bringen sollte, oder den Einreisestopp für Menschen aus sechs mehrheitlichen muslimischen Staaten, Wiedereintritt in das Pariser Klimaabkommen und den Austritt aus der Weltgesundheitsorganisation usw. möglichst früh auszuradieren. Trump hatte dasselbe mit dem Erbe der Obama-Administration getan – speziell in der Einwanderungs- und Klimapolitik, hatte dafür aber etwas mehr Zeit benötigt. Beide, der abgewählte und der neue Präsident, können sich bei diesen Dekreten, die frühere Verordnungen mit einem Federstrich aufheben, auf ihre Wahlkampfversprechen berufen. Sie sind ein klares Zeichen an die eigene Wählerbasis, aber keine Maßnahmen zur Überwindung der politischen Spaltung. Ähnliches gilt für den generellen Abschiebestopp irregulärer Einwanderer während der ersten 100 Tage der Biden-Administration oder für die geplante Rücknahme der Unternehmenssteuer-

reform von 2017. Auch die verfassungsrechtlich umstrittene Fortsetzung des zweiten Amtsenthebungsverfahrens gegen den bereits aus dem Amt geschiedenen Ex-Präsidenten Donald Trump dürfte kaum als eine Geste der Versöhnung wahrgenommen werden und überschattete die ersten Wochen der Amtszeit Präsident Bidens.

Biden müsste es stattdessen gelingen, bei einem Teil seiner ambitionierten programmatischen Prioritäten - Beherrschung der Covid-19 Pandemie, Eindämmung des Klimawandels, die Reduzierung sozialer und ethnischer Ungleichheiten sowie die Herbeiführung eines nachhaltigen wirtschaftlichen Aufschwungs - im Kongress Unterstützung aus dem oppositionellen Lager zu erhalten. Vermutlich stehen die Chancen dazu bei der ersten und vierten Priorität am besten. Weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit formierte sich bereits 2017 im Repräsentantenhaus die parteiübergreifende ‚Problemlösergruppe‘ (*Problem Solvers Caucus*), die aus 50 Abgeordneten beider Parteien besteht, die nach sachpolitischen Kompromissen suchen. Allerdings löst diese Gruppe nicht Bidens Probleme im Senat. Die Biden Administration kündigt an, aggressiv – zunächst mit Dekreten sowie einer Test- und Impfoffensive – gegen die Corona-Pandemie vorgehen. Vor allem muss Biden frühzeitig sein Versprechen einlösen und sich um die wirtschaftlichen Probleme kümmern, mit denen finanziell bedrängte Amerikaner konfrontiert sind. Doch Bidens Konjunkturpaket von 1,9 Billionen Dollar, um die Impfkampagne zu beschleunigen und gegen die Wirtschaftskrise anzukämpfen, benötigt die Zustimmung beider Häuser des Kongresses, was im Senat schwierig werden könnte, weil vielen Republikanern der Gesamtbetrag zu hoch ist. Es ist aber denkbar, dass dieses Paket die punktuelle Unterstützung einiger Republikaner erhalten wird. Eine zurückgehende Pandemie und eine wirtschaftliche Erholung des Landes im ersten Amtsjahr würden Biden und seiner Partei im Hinblick auf die Zwischenwahlen 2022 politisch zu Gute kommen.

International steht Bidens Team für die Wiedererlangung amerikanischer Führungsrolle gemeinsam mit den Alliierten und Freunden, Stärkung der regelbasierten internationalen Ordnung sowie Ablehnung eines rein transaktionalen Ansatzes, der jede Beziehung der USA zur Außenwelt einer bilateralen, eng kaufmännischen Kosten-Nutzen-Rechnung unterzieht. Bidens außenpolitisches Team wird Trumps harte Haltung gegen China ebenso fortsetzen – mit anderen Instrumenten und in Konsultation mit Verbündeten – wie eine robuste Russlandpolitik. Dies dürfte gerade die deutsche China-Politik in die eine oder andere Erklärungsnot bringen. Ähnliches könnte für die Russlandpolitik gelten (ausführlicher vgl. Thunert 2021)

Wohin gehen die amerikanischen Parteien nach Trump?

Aufgrund der Kapitol-Erstürmung durch Trump-Anhänger am 6. Januar 2021, die für fünf Menschen tödlich endete und viele weitere bedrohte und verletzte, befindet sich die Republikanische Partei früher als erwartet in einer Debatte darüber, mit welchem Personal und mit welchen Inhalten die Partei eine lang anhaltende Phase der Dominanz der Demokraten in der US-Politik, denen nach Aussagen von Fachleuten (vgl. Teixeira 2020) die demographischen Veränderungen zugunsten einer jüngeren

und „bunteren“ Wählerschaft in die Hände spielen, verhindert werden kann. Die politische Verantwortung Donald Trumps für den gescheiterten Aufstand führte zu dramatisch fallenden Umfragewerten im Januar 2021 – kurz vor seinem Auszug aus dem Weißen Haus waren nur noch knapp 30 Prozent mit seiner Amtsführung einverstanden (vgl. Pew 2021). Die Ereignisse vom Dreikönigstag 2021 schwächen auch Trumps künftige Rolle in der Partei. Mit seiner wochenlangen Weigerung, seine Niederlage anzuerkennen, hat Trump nicht nur sich selbst und der amerikanischen Demokratie, sondern auch seiner Partei geschadet. Fast alle Republikaner machen Trumps Verhalten wie seine wirren und vehementen Angriffe auf Vertreter der Landespartei in Georgia für die ungemein folgenreiche doppelte Wahlniederlage in der dortigen Senatsstichwahl verantwortlich. Einmal mehr erwies sich Trump nicht als Teamplayer, dem das Wohl seiner Partei, geschweige denn das des Landes am Herzen liegt, sondern als ein erraticer Egomane, dem es nur um die eigene, persönliche Machtperspektive geht. Dennoch sollte man nicht davon ausgehen, dass der entbrannte Richtungsstreit automatisch zugunsten der ‚Traditionsrepublikaner‘ ausgeht, denn die Partei verfügt über Personal, das die inhaltlichen Anliegen des ‚Trumpismus‘ besser und konsistenter artikulieren kann als Donald Trump selbst. Eine am 13. Januar 2021 durchgeführte Umfrage von Washington Post und ABC News ergab, dass 6 von 10 Anhängern der Republikaner der Meinung sind, dass die Partei der politischen Linie von Trump folgen sollte, anstatt einen neuen Weg einzuschlagen⁸. Programmatisch hieße dies z.B., dass eine unnachgiebige Haltung gegen irreguläre Einwanderung zum Mainstream der Partei gehört, aber nicht unbedingt der Bau einer physischen Mauer an der Südgrenze, sondern die Verbesserung elektronischer Überwachung der Grenze und der Kontrolle von Arbeitsmigranten. Eine harte und unnachgiebige Haltung gegenüber der kommunistischen Regierung in China scheint eine Mehrzahl der Parteianhänger, wie der US-Bürger überhaupt, zu befürworten, auch wenn sie den wirtschaftlichen Interessen mancher globaler US-Unternehmen widerspricht. Auch ein kritischer Blick auf die Notwendigkeit globaler Militärinterventionen der USA und der weiteren US-Präsenz auf Schauplätzen der sog. ‚Endloskriege‘ in Afghanistan und im Nahen Osten gehören dazu. Trumps ‚Bewegung‘ ist in vielen Gegenden der USA die Basis der neuen Republikanischen Partei, doch gleichzeitig sind viele über die machtpolitischen Niederlagen Trumps seit November 2020 enttäuscht und verbittert.

Auf Seiten der Demokraten sieht der starke progressive Flügel der Partei das Hauptproblem Biden darin, dass er es mit einer Republikanischen Partei zu tun haben wird, die mehrheitlich nicht daran interessiert ist, das vermeintlich Beste für das Land zu tun und damit den neuen Präsidenten zu stärken, sondern nur daran, die Macht in Washington möglichst schnell wieder zu erlangen. Statt auf Kompromisse mit den Republikanern setzen diese innerparteilich, aber auch im Parteiumfeld stark verankerten progressiven Gruppierungen darauf, der US-Bevölkerung auch mit sehr knappen Mehrheiten, mit Exekutiverlassen und anderen Mitteln zu zeigen, dass radikal anmutende, strukturelle und nachhaltige Reformen etwa in der Umwelt- und Klimapolitik (Green New Deal), in der Gesundheitspolitik, aber auch in der Fiskal- und Innenpolitik in einem technischen Sinne funktionieren werden und auch die Interessen von Bevölkerungsteilen fördern, welche die progressiven Ansätze heute noch nicht unterstützen.

Die Progressiven verweisen darauf, dass Joe Biden einen amtierenden Präsidenten mit gut sieben Millionen Stimmen Vorsprung schlug. Für diesen beachtlichen Vorsprung in der wahlrechtlich obsoleten *popular vote* zeichnet insbesondere die hohe Mobilisierung von Wählerinnen und Wählern in den urbanen Hochburgen der Demokraten verantwortlich, also sowohl Angehörige der Minderheiten als auch der politisch radikaleren weißen Progressiven. Biden, so deren Auffassung, sollte daraus ein Mandat für die Umsetzung eines ambitionierten Programmes ableiten und wie ein großer Gewinner regieren – so, wie es sich Obama vorgenommen hatte, aber es nicht umsetzen konnte und wollte. Statt auf eine vorgetäuschte Zweiparteienherrschaft setzen die progressiven Kräfte auf die normative Kraft faktischer Veränderungen in der US-Politik. Machtpolitisch heißt dies, dass der Druck auf Biden und auf skeptische Mandatsträger der Partei, wie Senatoren, die aus Trump-wählenden Bundesstaaten stammen und dort wiedergewählt werden wollen, zunehmen dürfte, strukturellen Veränderungen des politischen Prozesses und institutionellen Reformen in den USA zuzustimmen, als da wären: Abschaffung des Senats-Filibusters mit einfacher Mehrheit und der Stimme der Vizepräsidenten, die Hauptstadt Washington DC zu einem Bundesstaat aufwerten, was den US-Senat um zwei weitere Sitze, die mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit von den Demokraten gestellt würde, auf 102 Senatoren erweitern würde. Eine ähnliche Lösung könnte für Puerto Rico angestrebt werden. Schließlich ist auch die Zahl von neun Richtern im Obersten Gerichtshof keine Verfassungsnorm, sondern könnte z.B. durch Aufstockung jederzeit geändert werden, um die derzeit bestehende Mehrheit von konservativen Richtern zu kontern. Politikwissenschaftlich nennt man dies die Reduzierung von parteipolitischen Veto-Spielern, um effektives Regieren der Mehrheit zu ermöglichen⁹.

Angesichts der Trag- und Reichweite der anstehenden Entscheidungen spricht vieles dafür, dass die USA auch in den ersten Monaten und Jahren der Biden-Präsidentschaft eine politische extrem aufgewühlte Nation im ‚kalten Bürgerkrieg‘ (Lütjen 2020) bleiben werden. Spätestens in zwei Jahren werden wir wissen, welche Linie sich durchgesetzt hat und wie es um den Erfolg der gewählten Strategie bestellt ist.

Anmerkungen

- 1 Auch 1992 verlor der amtierende Präsident George H.W. Bush gegen Bill Clinton, doch hier lag der Hauptgrund für Bushs Niederlage am guten Abschneiden des Drittkandidaten Ross Perot, dem überwiegend Stimmen aus dem Lager der Republikaner zuflossen.
- 2 In diesem Beitrag wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit das generische Maskulinum benutzt. Damit sind jedoch stets alle Geschlechter gemeint.
- 3 Es gibt noch kein offizielles Endergebnis der Federal Election Commission. Daher werden die Endergebnisse aus den Einzelstaaten und dem District of Columbia aufaddiert. Siehe: United States Election Project <http://www.electproject.org/2020g>
- 4 Die folgenden Zahlen beruhen auf Nachwahlbefragungen (Exit Polls) und setzen sich aus einem nationalen Exit Poll und 22 bundesstaatlichen Exit Polls zusammen, die von Edison Research für den National Election Pool (ABC, CBS, CNN, NBC) durchgeführt wurden. Für die nationale Umfrage wurden insgesamt 15.590 Wähler, die am Wahltag ihre Stimme abgegeben haben, in 115 Wahllokalen beim Verlassen der Wahllokale befragt. In dieser Umfrage sind auch 4.919 Briefwähler und/oder vorzeitige Wähler enthalten, die per Telefon befragt wurden. Die Daten wurden dann gewichtet, um re-

- präsentativ für die Bevölkerung zu sein und wurden weiter angepasst, nachdem die Stimmen ausgezählt wurden.
- 5 Zu diesen zählten u.a. Arizona, Florida, Georgia, Iowa, Michigan, Nevada, Minnesota, Michigan, North Carolina, Pennsylvania, Wisconsin.
 - 6 Mit einer Ausnahme (Nebraska) bestehen die Legislativkammern („Landtage“) der Einzelstaaten aus zwei Kammern, einem Senat und einer unteren Kammer, Unterhaus.
 - 7 Eine ausführliche Analyse der neuen Regierungsmannschaft mit einer positiven Gesamtbewertung findet sich bei Tamm 2021.
 - 8 Vgl. https://www.washingtonpost.com/context/jan-10-13-2021-washington-post-abc-news-poll/ab470cba-8e05-4692-af78-4949613740cc/?itid=lk_inline_manual_25. Eine Umfrage des Instituts Rasmussen (2020) kam im Dezember 2020 zu einem ähnlichen Ergebnis.
 - 9 Zur Logik institutioneller Reform als Instrument zur Bekämpfung populistischer Strömungen in den USA ausführlich Howell/Moe 2020.

Literatur

- British Broadcasting Corporation BBC (2020): US Election 2020: Results and exit poll in maps and charts, 13. November 2020, <https://www.bbc.com/news/election-us-2020-54783016?xtor=AL-72>
- Howell, William G. und Terry M. Moe (2020): Presidents, Populism, and the Crisis of Democracy, Chicago: University of Chicago Press.
- Lütjen, Torben (2020): Amerika im kalten Bürgerkrieg. Wie ein Land seine Mitte verliert, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Monmouth University (2020): “More Americans Happy About Trump Loss Than Biden Win”, Monmouth University Poll, West Long Branch, NJ:
https://www.monmouth.edu/polling-institute/documents/monmouthpoll_us_111820.pdf
<https://doi.org/10.47886/9781934874424.ch9>
- Pew Research Center (2021): “Biden Begins Presidency With Positive Ratings; Trump Departs With Lowest-Ever Job Mark“, 15. Januar,
https://www.pewresearch.org/politics/wp-content/uploads/sites/4/2021/01/PP_2021.01.15_biden-trump-views_REPORT.pdf
- Rasmussen Reports (2020): 72% of Republicans See Trump As Model for Party’s Future,
https://www.rasmussenreports.com/public_content/politics/general_politics/december_2020/72_of_republicans_see_trump_as_model_for_party_s_future
- Tamm, Sascha (2021): „Erfahrung, Diversität, Expertise – Das Kabinett von Präsident Biden“, Friedrich-Naumann-Stiftung, 21.1.2021, <https://www.freiheit.org/de/erfahrung-diversitaet-expertise-das-kabinett-von-praesident-biden>
- Teixeira, Ruy (2020): „Demography Is Not Destiny“, Persuasion, 16. Juli 2020,
<https://www.persuasion.community/p/demography-is-not-destiny>
- Thunert, Martin (2021): Von Trump zu Biden: Kehrtwende mit Fragezeichen, ifo-Schnelldienst, 1-2021, 74. Jahrgang, 20. Januar 2021, 22-25.
- Washington Post (2020): Exit poll results and analysis for the 2020 presidential election, 14. Dezember 2020,
<https://www.washingtonpost.com/elections/interactive/2020/exit-polls/presidential-election-exit-polls/> <https://doi.org/10.4135/9781452234410.n4>